Deutscher Bundestag **Drucksache 19/9080**

19. Wahlperiode 05.04.2019

Fragen

für die Fragestunde der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 10. April 2019

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

1. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung die im vorgelegten Referentenentwurf zum Asylbewerberleistungsgesetz (AsylblG) geplante sozialrechtliche sogenannte Zwangsverpartnerung (vgl. http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/e7bf0a4aca77d131c12583cf0057bb11/$FILE/StellungnahmeAsylbLGParitaet.pdf) von Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern (§ 2 Absatz 1 Satz 4 Nummer 1), und wie begründet die Bundesregierung eine damit einhergehende Kürzung, wenn der Umstand der gemeinsamen Unterbringung im Gegensatz zu Verpartnerten oder Verheirateten nicht durch die Betroffenen selbst beeinflussbar ist?

2. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ermöglicht nach Ansicht der Bundesregierung die geplante Änderung des § 2 Absatz 1 Satz 2 AsylblG mit der anstehenden Novelle des AsylblG einen Anspruch auf Bezug von Analogleistungen während einer dem Grund nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz förderfähigen Ausbildung für Asylbewerberinnen und -bewerber und Geduldete, und durch welche zusätzlichen konkreten untergesetzlichen Maßnahmen plant die Bundesregierung, die bestehende Förderlücke im AsylblG für Studierende zu schließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann rüstet die Bundesregierung die Lkw im Bestand des Bundesministeriums der Verteidigung und dessen nachgeordneter Behörden mit Lkw-Abbiegeassistenzsystemen nach, und mit welcher Begründung haben die Bundesregierung bzw. das Bundesministerium der Verteidigung und dessen nachgeordnete Behörden die für das Jahr 2019 geplanten 90 Beschaffungen von Lkw (vgl. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 4 bis 10 auf

Bundestagsdrucksache 19/6374) (abgesehen von zehn Stück) ohne derartige Abbiegeassistenzsysteme geplant bzw. angeordnet?

4. Abgeordneter **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Informationen wurden beim Schießlärmtreffen des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr am 3. April 2019 in Grafenwöhr, das mit Vertretern der umliegenden Gemeinden, der Landkreise Amberg-Sulzbach und Neustadt/Waldnaab, der Bayerischen Staatskanzlei sowie Angehörigen der US-Truppen geführt wurde, vorgetragen, und wann werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die zum Treffen nicht eingeladen wurden, informiert (www.onetz.de/oberpfalz/auerbach/bundeswehr-informiert-ueber-schiesslaerm-messungen-grafenwoehr-id2682198.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

5. Abgeordneter **Paul Viktor Podolay** (AfD)

Welche anderen europäischen Länder setzen nach Kenntnis der Bundesregierung auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Herstellerindustrie zur Zucker-, Fett- und Salzreduktion in Lebensmitteln, und welche Erfahrungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in diesen Ländern damit gemacht?

6. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass Strafzahlungen ggf. auch rückwirkend bereits ab 1. April 2019 fällig werden, wenn die Vorschläge nicht ausreichen sollten, eine weitere Verletzung der Nitratrichtlinie abzuwenden?

7. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung der Aufforderung der Europäischen Kommission nach Mitteilung und Vorlage eines umfassenden Regierungsentwurfs zur Änderung der Düngeverordnung nachgekommen, wie diese in ihrem Schreiben vom 18. März 2019 gefordert hatte, und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen schlägt die Bundesregierung darin vor?

8. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Mengen an Stickstoff und Stickstoffverbindungen werden nach Kenntnis der Bundesregierung jedes Jahr in Deutschland als Düngemittel ausgebracht, und welche Anteile davon werden nach Kenntnis der Bundesregierung tatsächlich von Pflanzen aufgenommen und verwertet bzw. gelangen in Grundwasser und Luft?

9. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis wann plant die Bundesregierung, einen Entwurf zur Novellierung der Düngeverordnung entsprechend den von der EU-Kommission geforderten Verschärfungen vorzulegen, um Strafzahlungen an die EU abzuwenden, und wann müssen die neuen Regelungen in Kraft treten, um Strafzahlungen an die EU abzuwenden?

10. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die aktuell geltenden Bestimmungen zum Tragen von Schutzkleidung nach einer Applikation von Pflanzenschutzmitteln im Weinbau hinsichtlich der Praktikabilität innerhalb betrieblicher Arbeitsabläufe und in Anbetracht der öffentlichen Wahrnehmung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes generell (www.volksfreund.de/nachrichten/wer-in-weinbergen-mit-pflanzenschutzmitteln-hantiert-und-keinen-schutz-traegt-dem-droht-neuerdings-ein-bussgeld_aid-37899241)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

11. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Zu welchem konkreten Zeitpunkt wird die Studie „Kindeswohl und Umgangsrecht“ zu Familien in Trennung, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben wurde, veröffentlicht?

12. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Zu welchen zentralen Ergebnissen ist die Studie gekommen?

13. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Warum gewährt die Bundesregierung gemäß dem Subsidiaritätsprinzip den Kommunen bei der Umsetzung des sogenannten Gute-Kita-Gesetzes nicht mehr Freiheit beim Einsatz der Mittel (www.sueddeutsche.de/politik/gute-kita-gesetz-1.4253384), und hält die Bundesregierung die Maßnahmen zur Qualitätssicherung für ein geeignetes Mittel, um das grundsätzliche Problem des Fachkräftemangels im Bereich der Erzieher zu bekämpfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

14. Abgeordneter
Dr. Axel Gehrke
(AfD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Bundesrahmenempfehlung der Nationalen Präventionskonferenz daraus, dass nach meiner Kenntnis in Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, bis auf einen, alle Lehrstühle für Physikalische und Rehabilitative Medizin an den Universitäten geschlossen wurden, und welche kurzfristigen und langfristigen Pläne hat die Bundesregierung, um Aktivitäten im Bereich so genannter „Komplementärmedizin“ und „Naturheilweisen“ in Forschung, Lehre und Studium zu fördern und zu etablieren?

15. Abgeordneter
Dr. Axel Gehrke
(AfD)

Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung im Hinblick auf das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD gegebene Versprechen zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, und welche Überlegungen gibt es speziell dazu, den öffentlichen Gesundheitsdienst hinsichtlich Aufgaben und Finanzierung für Ärzte attraktiver zu machen (bitte auflisten nach Einzelmaßnahmen und Zeitplan)?

16. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Hat es bei der Erteilung der Zuschläge im Ausschreibungsverfahren zum Anbau von medizinischem Cannabis in Deutschland (Handelsblatt berichtet über drei erteilte Zuschläge: www.handelsblatt.com/technik/medizin/aphria-aurora-und-demecan-die-cannabis-anbauer-in-deutschland-stehen-fest-vorerst/24181804.html?ticket=ST-59137-2vUDfcVpOpdteaBjUnbz-ap1) deutliche/klare Gefälle im Hinblick auf die zu erfüllenden Kriterien gegeben (es wird um eine Einschätzung anhand der Anzahl der zu erfüllenden Kriterien gebeten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

17. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche inhaltlichen Änderungen an der Fahrschüler-Ausbildungsordnung wird die Bundesregierung im Rahmen der Novellierung vornehmen, und auf welche Weise werden dabei die Verkehrssicherheitsverbände beteiligt (bitte unter Angabe des Zeitplans)?

18. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welche Weise setzt sich die Bundesregierung im Sinne des Beschlusses der Verkehrsministerkonferenz zu Punkt 4.5b der Sitzung von November 2017 (www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/17-11-09-10-vmk/17-11-09-10-beschluss.pdf?__blob=publicationFile&v=3) dafür ein, dass eine praktische Führerscheinprüfung mit einem Elektrofahrzeug nicht länger zu dem Eintrag im Führerschein führt, dass Fahrzeuge mit Schaltgetriebe nicht gefahren werden dürfen (Eintrag der Schlüsselzahl 78), und inwiefern wird sie bis zum Beschluss einer EU-weiten

Regelung eine bereits in Frankreich etablierte Lösung in Deutschland einführen, nach der der Eintrag ohne erneute praktische Führerscheinprüfung gelöscht wird, wenn der Inhaber den Führerschein seit mindestens sechs Monaten besitzt und das Fahrschulunternehmen z. B. auf Basis absolvierter Fahrstunden mit einem Schaltwagen den sicheren Umgang des Inhabers mit einem Schaltgetriebe bescheinigt?

19. Abgeordneter **Matthias Gastel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die in welchen europäischen Nachbarländern zugelassenen Elektrokleinstfahrzeuge (eKF) werden auf Grundlage der für Deutschland vom Bundeskabinett beschlossenen Verordnung auch in Deutschland im öffentlichen Verkehrsraum genutzt werden dürfen (bitte die entsprechenden Länder konkret benennen), und darf nach der genannten für Deutschland vom Bundeskabinett beschlossenen Verordnung zur Zulassung von eKF mit diesen Fahrzeugen auf Wirtschafts- und Waldwegen gefahren werden, wenn Letztere, wie im Regelfall üblich, mit „Verbot für Fahrzeuge aller Art“ mit Zusatzzeichen „Land- und forstwirtschaftlicher Verkehr frei“ ausgewiesen sind?

20. Abgeordneter **Matthias Gastel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für welche Vorhaben des Bedarfsplans Schiene in Baden-Württemberg hat die DB Netz AG bzw. die Bundesregierung seit Inkrafttreten des 2016 geänderten Bundesschienenwegeausbaugesetzes den Beginn der Leistungsphasen 1 und 2 (Grundlagenermittlung und Vorplanung) veranlasst, indem entsprechende Vorhaben in die SV Lph 1/2 A bzw. SV Lph 1/2 B aufgenommen wurden und damit Bestandteil der erweiterten Bedarfsplanumsetzungsvereinbarung sind?

21. Abgeordneter **Dr. Christian Jung** (FDP)

Stehen die Bahnprojekte, welche laut dem Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration (Vertrag von Aachen) gemeinsam ausgearbeitet werden sollten, bereits fest, und wenn ja, beinhaltet eine solche Projektliste auch den Ausbau der Strecke Ludwigshafen–Wörth–Straßburg?

22. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Lkw hat die Bahntochter DB Schenker im Bestand, mit denen sie Waren und Güter transportiert, und wie viele Streckenkilometer wurden dabei in den vergangenen fünf Jahren (bitte einzeln nach Jahr aufschlüsseln) zurückgelegt?

23. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Bei welchen Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG ist nach aktueller Rechtslage die Mitnahme von versicherungspflichtigen Elektrokleinstfahrzeugen uneingeschränkt erlaubt, und plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die Mitnahme von Elektrokleinstfahrzeugen in öffentlichen Verkehrsmitteln zu erleichtern (www.welt.de/wirtschaft/article190819587/Elektroroller-duerfen-in-manchen-Bahnen-nicht-mitgenommen-werden.html)?

24. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Ab wann wird es nach Kenntnis der Bundesregierung möglich sein, neben der Wiederzulassung eines Kraftfahrzeugs auch alle anderen Standardverfahren bei der Zulassung online zu erledigen, und wie ist der Umsetzungsstand der entsprechenden Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (www.zeit.de/mobilitaet/2019-01/andreas-scheuer-kfz-zulassung-online-kabinett)?

25. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann und wie wurden die Stabsstelle Radverkehr, das Referat Radverkehr und Fußverkehr bzw. der Beirat Radverkehr des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in die Pläne zur Kampagne des BMVI mit dem Slogan „Looks like shit. But saves my live“ einbezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

26. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Worauf führt die Bundesregierung den, von der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter in der Antwort auf meine Mündliche Frage 24, Fragestunde am 13. März 2019, Plenarprotokoll 19/85, erwähnten, unerwarteten Bevölkerungsanstieg zurück, der nach deren Aussagen mitverantwortlich für die Nichterreichung der CO_2-Emissionsziele der Bundesregierung ist?

27. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Existiert aus Sicht der Bundesregierung bereits ein ausreichend aussagekräftiger bundesweiter Überblick über die radiologische Belastung von Mensch und Umwelt durch sämtliche nuklearmedizinisch bedingten Ableitungen – also seitens nuklearmedizinischer Einrichtungen und posttherapeutisch seitens entlassener, hiesiger Patientinnen und Patienten nach Radionuklid-Therapien im In- und Ausland – (bitte möglichst mit Angabe betreffender eigener Maßnahmen), und ist die Höhe dieser nuklearmedizinisch bedingten Ableitungen aus ihrer Sicht vernachlässigbar (bitte begründen)?

28. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung das Instrument der nachhaltigen Anleihe (sogenannter „Green Bond“) als kommunales Finanzierungsinstrument für Infrastrukturmaßnahmen (vgl. www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2019/Fokus-Nr.-245-Maerz-2019-Green-Bonds.pdf; bitte begründen), und inwieweit gibt es Überlegungen der Bundesregierung, die Kommunen bei der Emission solcher nachhaltiger Finanzprodukte zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

29. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Mit welchen konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, den derzeitigen Anteil von lediglich 0,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens, der derzeit an öffentlichen Entwicklungsgeldern (ODA) in die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) fließt (www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/studies-analysis/2019-Kompass 2019-Welthungerhilfe.pdf), substanziell zu erhöhen, und erkennt die Bundesregierung in dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorangetriebenen Kurs, in Zukunft vermehrt auf so genannte Reformchampions zu setzen, einen Widerspruch zum Ziel, einen höheren Anteil von ODA-Mitteln für LDCs bereitzustellen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

30. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In welcher Form ist die Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek am „Klimakabinett“ beteiligt, und – sollte sie kein reguläres Mitglied, sondern beispielsweise kooptiertes oder informelles Mitglied sein (siehe „Die Ministerin, die sich wegduckt“, DIE WELT vom 16. März 2019) – wer hat diese Entscheidung getroffen?

31. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Falls die Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek nicht als reguläres Mitglied an der Arbeit des „Klimakabinetts“ beteiligt wird, was sind die Gründe für diese Entscheidung, und ist diese so zu verstehen, dass die Bundesregierung im Bereich der Klima- und Klimafolgenforschung keinen zusätzlichen Handlungsbedarf mehr sieht?

32. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie viele Zuschriften von Bürgern hat das Bundeskanzleramt seit dem Jahr 2010 jährlich erhalten, und wie viele davon wurden beantwortet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

33. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)

Inwiefern wird die Bundesregierung die von einer Gruppe von Entwicklungsländern – u. a. Indien, Ghana und Kolumbien – bei der anstehenden Frühjahrstagung des IWF und innerhalb der OECD zur Debatte stehenden Frage um eine grundsätzliche Modernisierung des internationalen Steuersystems vertretene Forderung, die Betriebsstättendefinition (permanent establishment), nach der eine Besteuerung von Unternehmen in einem Quellenland erfolgen darf, möglichst weit zu fassen (www.zeit.de/2019/14/steuern-verteilung-konzerne-steuer politik-olaf-scholz-oecd), in ihrer eigenen Verhandlungsposition unterstützen, und welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung von der von ihr präferierten Lösung einer globalen Mindeststeuer auf die Höhe der Steuereinnahmen in Entwicklungsländern?

34. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)

Plant die Bundesregierung im Rahmen der Regelungen zur Pauschalierung der Lohnsteuer für Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte (§ 40a EStG), den maximal zulässigen Arbeitslohn, welcher bei Aushilfskräften, die in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft im Sinne des § 13 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 des Gesetzes ausschließlich mit typisch land- oder forstwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt werden, derzeit während der Beschäftigungsdauer durchschnittlich 12 Euro betragen darf, zu dynamisieren und ggf. an die aktuelle Lohnentwicklung anzupassen?

35. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu den Ereignissen am Samstag, den 30. März 2019 im Club „Mensch Meier“ in Berlin-Prenzlauer Berg, wobei es laut Presseberichten zu einer Razzia durch den Zoll kam, bei der mehrere Menschen verletzt wurden und es zu unverhältnismä-

ßigen Maßnahmen gegen unbeteiligte Besucherinnen und Besucher kam, und wie bewertet die Bundesregierung Medienberichte, dass mit dieser Aktion des Zolls eine Veranstaltung im Nachgang einer Demonstration zum Thema Seenotrettung verhindert werden sollte, die sich explizit gegen den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer richtete, der gleichzeitig oberster Dienstherr des Zolls ist (www.taz.de/!5582174/; www.rbb24.de/panorama/beitrag/2019/04/razzia-mensch-meier-tuersteher-rigaer-strasse-polizei-attackiert.html)?

36. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Grundsteuer C vorlegen, und befindet sich die Bundesregierung bereits dazu in Abstimmung mit den Ländern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

37. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Baustoffe sind in der ÖKOBAUDAT (www.oekobaudat.de) aufgelistet, und für wie viele davon liegen Angaben zur Grauen Energie vor?

38. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 jeweils die Gesamtzahl der Rentnerinnen und Rentner/Pensionärinnen und Pensionäre, die Wohngeld bezogen (bitte in absoluten Zahlen und als Anteil aller Wohngeldbeziehenden – hilfsweise, falls Daten nicht verfügbar: die Zahl der Rentnerinnen und Rentner/Pensionärinnen und Pensionäre in reinen Wohngeldhaushalten absolut sowie als Anteil an allen Wohngeldbeziehenden in reinen Wohngeldhaushalten oder, falls auch diese Daten nicht verfügbar: die Zahl der reinen Wohngeldhaushalte, in denen die Haupteinkommensbezieherinnen bzw. Haupteinkommensbezieher Rentnerinnen und Rentner/Pensionärinnen und Pensionäre waren, absolut sowie als Anteil an allen reinen Wohngeldhaushalten angeben), und

wie hoch war in diesen Jahren jeweils die Gesamtzahl der Rentnerinnen und Rentner/Pensionärinnen und Pensionäre, die entweder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Wohngeld bezogen (in absoluten Zahlen und als Anteil aller Rentnerinnen und Rentner/Pensionärinnen und Pensionäre)?

39. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Sind die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch des deutschen Bundesamts für Verfassungsschutz und des österreichischen Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) auch in Bezug auf die „Identitären“, Burschenschaften oder andere rechtsextreme Vereinigungen „vertrauensvoll und gut“ („Kickl, die FPÖ und die Identitären: Kanzler Kurz greift nun durch“, https://kurier.at vom 2. April 2019), oder sind sie es nicht, da der Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache Beiträge der „Identitären“ auf Facebook teilt, ihren „friedlichen Aktionismus“ betont und sie als „junge Aktivisten einer nicht linken, patriotischen Zivilgesellschaft“ lobt; außerdem der Innenminister Herbert Kickl „Identitäre“ auf einem rechtsextremen Kongress als „Gleichgesinnte“ bezeichnet hat, der FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz interne Berichte des BVT im Fernsehen präsentiert (http://gleft.de/201) und jetzt der FPÖ-Vizekanzler sogar von einer direkten Berichtspflicht des BVT profitiert („Strache bremst Kurz-Vorschlag zu Berichtspflicht“, www.oe24.at vom 2. April 2019), und welche Konsequenzen sollte die Nähe ranghoher Regierungsmitglieder zu Rechtsextremen aus Sicht der Bundesregierung für die Mitarbeit Österreichs im europäischen Geheimdienstnetzwerk „Berner Club“ oder deren „Counter Terrorism Group“ haben (bitte begründen)?

40. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie oft ging seit dem Jahr 2000 nach Kenntnis der Bundesregierung aufgrund der Regelung des § 28 Satz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, und mit welchen Staaten des Nahen Ostens bestehen zwischenstaatliche Verträge nach § 28 Satz 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes?

41. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)

In welcher Höhe wurden seit 2014 bis heute mit Bundesmitteln Projekte in Sachsen-Anhalt gefördert, welche im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat liegen (aufgeschlüsselt nach den Themenfeldern: öffentliche Sicherheit, Integration, Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz, Sportförderung, Bau und Stadtentwicklung sowie nach Jahren)?

42. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Verantwortung trägt die Bundesregierung dafür, dass es bislang noch nicht zu einer Verständigung über einen Ad-hoc-Mechanismus zur Umverteilung aus Seenot geretteter Flüchtlinge gekommen ist, indem sie nur bereit ist, Asylsuchende mit einer „guten Bleibeperspektive“ zu übernehmen (vgl. z. B. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 20. Februar 2019, Tagesordnungspunkt 5a), was nach meiner Auffassung bedeutet, dass ein bedeutender Teil der Geretteten im Erstanlande-Mitgliedstaat verbleiben würde (bitte ausführlich mit Bezug zum aktuellen Verhandlungsstand beantworten), und inwieweit ist die Bundeskanzlerin vor dem Hintergrund der erneuten Probleme, aus Seenot Gerettete an Land zu bringen (vgl. https://sea-eye.org/alan-kurdi-sucht-einen-sicheren-hafen/), bereit, auf die Forderungen von weit mehr als 250 zivilgesellschaftlichen Organisationen einzugehen (Brief vom 3. April 2019 an die Bundeskanzlerin mit den Forderungen: Notfallplan für Bootsflüchtlinge, Ermöglichung zusätzlicher Aufnahme durch offene Städte, keine Rückschiebungen nach Libyen, bitte begründen)?

43. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Was hat die angekündigte Überprüfung (vgl. www.br.de/nachrichten/bayern/vietnamesischer-regimekritiker-aus-deutschland-abgeschoben.RMVCIb5) der Ablehnung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Fall des jüngst abgeschobenen vietnamesischen Regimekritikers, Schriftstellers und Menschenrechtlers Nguyen Quang Hong Nhan erbracht (etwa auch hinsichtlich der Frage, warum der Asylantrag der Familie ausnahmsweise in Bayern bearbeitet wurde, obwohl dies bei vietnamesischen Asylsuchenden sonst nicht der Fall ist, vgl. www.taz.de/!5584316/; bitte ausführlich darlegen), und welche aktuellen

Erkenntnisse zum Schicksal des abgeschobenen Ehepaars in Vietnam hat die Bundesregierung (bitte darlegen)?

44. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2011 Gefährder oder relevante Personen trotz laufender Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft bspw. wegen der §§ 89a, 129b des Strafgesetzbuchs aus Deutschland abgeschoben?

45. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

In welchen Fällen und wo wurden seit 2017 nach Kenntnis der Bundesregierung bei Durchsuchungen oder ähnlichen Anlässen durch Polizeibehörden des Bundes in Deutschland Waffen, die unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen, aufgefunden?

46. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die sog. digitalen Sprachassistenten (Alexa, Siri, Cortana usw.) nach gegenwärtigem Kenntnisstand aufgrund der intransparenten Funktionsweisen, etwa hinsichtlich des Zeitpunkts und der Dauer von Aufzeichnungen, sowie der weiteren Verarbeitung des aufgezeichneten gesprochenen Wortes erhebliche Risiken für die Privatheit der Nutzerinnen und Nutzer, insbesondere deren Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, darstellen, und wenn ja, auf welche Weise kümmert sich die Bundesregierung aufgrund dessen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, etwa im Bereich der Teleheimarbeit von Bediensteten des Bundes, darum, dass die im Einsatz der Geräte verbundenen Risiken nicht nur für die Grundrechte der Betroffenen, sondern auch für den Geheimschutz der betroffenen öffentlichen Stellen eingehegt werden und entsprechende potenziell missbräuchliche Informationsabflüsse unterbleiben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

47. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung der Aufforderung des Oberverwaltungsgerichts Münster in seinem Urteil vom 19. März 2019 (Az.: 4 A 1361/15), bei der US-Regierung intensiver als bisher zu erkunden und sicherzustellen, dass die US-Armee vom Pfälzer Stützpunkt Ramstein aus nicht an völkerrechtswidrigen Drohnen-Einsätzen mitwirken darf, auch hinsichtlich einer völkerrechtskonformen Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendiensts mit US-Stellen nachkommen, insbesondere indem deutsche Dienste keine für Drohnenangriffe nützlichen Personendaten übermitteln dürfen, und welche konkreten Maßnahmen (wie z. B. Weisungen, Aufsichts- sowie Organisationsmaßnahmen) wird die Bundesregierung zu diesem Zwecke im Einzelnen ergreifen?

48. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit unterstützt die Bundesregierung das Angebot des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg in dessen Rede in Washington am 3. April 2019, Europa stelle den USA eine Plattform für deren weltweite Militäreinsätze zur Verfügung (NATO-Redemanuskript Stoltenberg: www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_165210.htm), und wie wird die Bundesregierung angesichts dessen nun intensiviert die Aufforderung im Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 19. März 2019 (Az.: 4 A 1361/15) umsetzen, bei der US-Regierung sicherzustellen, dass die US-Armee nicht mithilfe ihres Pfälzer Stützpunkts Ramstein völkerrechtswidrige Drohnen-Einsätze weltweit durchführen darf (www.tagesschau.de/regional/nordrheinwestfalen/ovg-drohnenangriffe-101.html)?

49. Abgeordneter
Paul Viktor Podolay
(AfD)

Was sind die vorrangigen Ziele der Bundesregierung für die NATO-Strategieagenda ab 2020, wenn das aktuelle Strategische Konzept der NATO 2010 ausläuft, und welche Aktivitäten (bitte auflisten) plant die Bundesrepublik Deutschland?

50. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung die versprochenen 5 Mio. Euro für humanitäre Hilfe in Venezuela der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften (IFRC) bzw. dem Roten Kreuz in Venezuela zur Verfügung stellen, nachdem die IFRC kürzlich angekündigt haben,

ihre Hilfen im medizinischen Bereich in Venezuela ab Mitte April 2019 stark auszuweiten („IFRC to bring humanitarian aid into Venezuela“, ifrc.org, 29. März 2019), um „unabhängig, neutral, unparteiisch und ungehindert“ Bedürftigen in Venezuela zu helfen (bitte begründen), und welche konkreten Fälle sind der Bundesregierung bekannt, bei denen von ihr als „Schlägertruppen von Maduro“ bezeichnete „Colectivos“ in Venezuela Hilfsorganisationen „massiv bedroht“ haben (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 22, Plenarprotokoll 19/91 vom 3. April 2019, bitte in der Antwort angeben, welche Hilfsorganisationen betroffen waren)?

51. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)

Was sind die Ergebnisse des Krisentreffens des Interministeriellen Ausschusses (IMA), der laut Medienberichten (z. B. Frankfurter Rundschau, „Nur keine gesetzliche Verpflichtung“ vom 3. April 2019) am Mittwoch, den 3. April 2019 getagt hat, um den Streit um die Versuche des Bundeskanzleramtes und Bundeswirtschaftsministeriums beizulegen, die Ergebnisse des im Rahmen des NAP-Prozesses (Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte) dahingehend zu verändern, dass möglichst wenige Unternehmen im laufenden Monitoring-Prozess zur Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten durchfallen?

52. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Polen für die deutsch-polnischen Beziehungen, und teilt sie die Auffassung der EU-Kommission, dass die PiS-Regierung die Unabhängigkeit der Justiz beschneidet und die Gewaltenteilung untergräbt?

53. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

In welchem Maße haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Bemühungen der israelischen Regierung und von Siedlerorganisationen wie El Ad, Palästinenserinnen und Palästinenser aus Ostjerusalem und insbesondere aus Silwan und Sheikh Jarrah zu vertreiben, seit der Anerkennung Gesamt-Jerusalems als israelische Haupt-

stadt durch die Trump-Administration verstärkt, und wie gestalten sich diese Bemühungen nach Kenntnis der Bundesregierung konkret?

54. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wie viele Palästinenserinnen und Palästinenser sind nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell von Räumungen aus Ostjerusalem bedroht, insbesondere aus Silwan und Sheikh Jarrah – wo dies die zehnte völkerrechtswidrige Räumung in der Nachbarschaft darstellen würde – (vgl. Ir Amim, Circumventing Red Lines: The Paradigmatic Shift in Israel's Policy on Jerusalem und www.ir-amim.org.il/en/node/2278), und welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um diese Räumungen zu verhindern?

55. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit kann die Bundesregierung sicherstellen, dass im Zuge der Demonstrationen im Sudan, die seit Dezember 2018 anhalten (www.deutschlandfunk.de/sudan-vorstufe-zum-volksaufstand.799.de.html?dram:article_id=438718), keine der an der Tötung von oder sonstiger Gewalt gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten beteiligten Polizistinnen und Polizisten durch deutsche oder europäische Entwicklungsgelder ausgebildet wurden, und plant sie vor dem Hintergrund der durch die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe Bärbel Kofler aufgebrachten Vorwürfe der Folter und fehlenden Rechtsstaatlichkeit im Land (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/kofler-osman-mirghani-sudan/2199526) einen Abschiebestopp in den Sudan?

56. Abgeordneter **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.)

Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, für welche Art von Nukleartechnik zum Bau von Atomreaktoren, mit denen sich laut „DER SPIEGEL“ „in einem zweiten Schritt auch Plutonium herstellen“ ließe, die US-Regierung Ausfuhrgenehmigungen für die Lieferung an Saudi-Arabien erteilt (www.spiegel.de/politik/ausland/usa-liefern-nuklear-technologie-nach-saudi-arabien-a-1260259.html), und welche grundsätzliche Einschätzung hat die Bundesregierung zur Lieferung von Nukleartechnik nach Saudi-Arabien vor dem Hintergrund wachsender Proliferationsrisiken in der Region auch hinsichtlich des von den USA einseitig aufgekündigten Iran-Atom-Vertrags und der geplanten Inbetriebnahme von neuen, mit von URENCO angereichertem Uran versorgten Atomkraftwerken

in den Vereinigten Arabischen Emiraten, die in der Vergangenheit möglicherweise bereits wegen der Beteiligung der Vereinigten Arabischen Emirate am Krieg gegen den Jemen Ziel eines Raketenangriffs waren (www.focus.de/politik/ausland/bericht-von-tv-sender-jemens-huthi-rebellen-feuern-rakete-auf-kernreaktor-in-abu-dhabi_id_7930549.html), und insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Vereinigten Arabischen Emirate heute neben Saudi-Arabien zu den größten Waffenimporteuren der Welt zählen (www.spiegel.de/politik/ausland/diese-arabischen-laender-treiben-atom-programme-voran-a-1197608.html)?

57. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihres „kontinuierlichen Dialogs“ (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 24 auf Bundestagsdrucksache 19/8660) mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) zur Bedeutung der Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich der bindenden Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen bezüglich des bis November 2018 geltenden Waffenembargos für Eritrea, daraus, dass die VAE laut Recherchen von #GermanArms bis Ende 2018 das Waffenembargo gegen Eritrea durch die Stationierung von Kriegsschiffen der Schiffstypen der Frankenthal-, Muray-Jib-, Baynunah-, Abu-Dhabi- und Arialah-Klasse aus deutscher Produktion bzw. mit deutschen Komponenten in Assab in Eritrea verletzt habe, und inwiefern besitzen nach Auffassung der Bundesregierung die VAE trotz dieser mutmaßlichen Verletzungen der Endverbleibserklärungen bis heute die für Rüstungsexporte erforderliche Zuverlässigkeit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

58. Abgeordneter **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse über mögliche angestrebte Lieferungen von angereichertem Uran oder von Technologie zum Aufbau eigener Möglichkeiten zur Urananreicherung seitens Unternehmen mit deutscher Beteiligung – wie zum Beispiel URENCO oder die Enrichment Technology Company (ETC) oder mit diesen in Verbindung stehende Unternehmen – hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem geplanten Bau und Betrieb von

Atomkraftwerken in Saudi-Arabien (www.spiegel.de/politik/ausland/usa-liefern-nuklear-technologie-nach-saudi-arabien-a-1260259.html), und setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass Unternehmen mit Standorten in Deutschland oder deutscher Beteiligung angesichts der Risiken von Atomunfällen und des militärischen Missbrauchs keine Atomtechnik bzw. Kernbrennstoffe wie bis jetzt in Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate oder künftig nach Saudi-Arabien liefern dürfen (www.nuklearforum.ch/de/aktuell/e-bulletin/vae-barakah-brennstoffversorgung-sichergestellt; https://urenco.com/global-operations/urenco-deutschland)?

59. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

In welcher Höhe will die Bundesregierung die Lieferung von unter anderem mit Lenkflugkörpern und Torpedos ausgestatteten Fregatten vom Typ Meko200 der thyssenkrupp AG mit einem Gesamtwert von 2,3 Mrd. Euro mit Exportkreditgarantien absichern, obwohl sich Einheiten aus Ägypten neben Einheiten aus Saudi-Arabien sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten an der Seeblockade gegen den Jemen und an Militäroperationen im Jemen (Bundestagsdrucksache 18/6857, Antwort zu Frage 7) wie an Bombardements (AFP vom 2. Januar 2019) beteiligt, und in welcher Höhe hat die Bundesregierung im ersten Quartal 2019 Ausfuhrgenehmigungen (Einzel- wie Sammelgenehmigungen) für Rüstungsexporte nach Ägypten erteilt (bitte nach Monaten getrennt nach Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern beantworten; sofern eine endgültige Auswertung noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen angeben)?

60. Abgeordneter **Stefan Liebich** (DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung auf Grund der fragilen politischen Lage einen Stopp von Rüstungs- und Waffenexporten nach Algerien, und welche Maßnahmen zur Endverbleibskontrolle der in Algerien gebauten Panzer deutscher Produktion hat die Bundesregierung getroffen?

61. Abgeordneter **Dr. Dirk Spaniel** (AfD)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Zukunft der Automobilindustrie und des Verkehrssektors technologieoffen betrachtet werden muss, oder teilt sie die von dem Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Jochen Flasbarth auf Twitter

geäußerte Meinung, dass es die Aufgabe der Bundesregierung ist, den Veränderungsprozess zu steuern (https://twitter.com/bmu/status/1112685235832086528)?

62. Abgeordneter
Johann Saathoff
(SPD)

Wie sehen die möglichen Lösungsoptionen, um Landstrom als wirtschaftliche und klimafreundliche Alternative zur Bordstromversorgung von Schiffen und Häfen zu etablieren, aus, die laut dem Sechsten Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland in der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie koordinierten Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Thema Luftreinhaltung in Häfen erarbeitet werden, und wann ist mit der Umsetzung dieser Lösungsoptionen zu rechnen?

63. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Deutschland die Anzahl der barrierefreien Hotels (bitte in absoluten Zahlen und prozentualem Anteil an der Gesamtzahl der Hotels angeben), und trifft es zu, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Aktivitäten des Vereins „Tourismus für Alle Deutschland e. V. (NatKo)“ zur Verbreitung des bundeseinheitlichen Informations- und Kennzeichnungssystems „Reisen für Alle“ nicht mehr fördert (vgl. NatKo-Info 1/2019)?

64. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es nach Informationen der Bundesregierung eine Zusicherung Russlands, dass parallel zu den Erdgaslieferungen durch die im Bau befindliche Pipeline Nord Stream 2 auch weiterhin Erdgas durch die Ukraine geleitet wird, und in welcher Weise unterstützt die Bundesregierung das Urteil des Stockholmer Schiedsgerichts (www.fuldainfo.de/russland-und-ukraine-streiten-weiter-ueber-neuen-gastransitvertrag/), wonach der Konzern 2,3 Mrd. Euro Schadensersatz an die Ukraine zahlen muss?

65. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier aus dem Besuch von diversen Orten, insbesondere Pulheim, Hürth und Herdecke, in denen es Konflikte beim Netzausbau gibt?

66. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele öffentliche E-Ladesäulen sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2016 pro Quartal neu in Deutschland hinzugekommen, und inwiefern will die Bundesregierung sicherstellen, dass das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD anvisierte Ziel von 100 000 E-Ladesäulen bis 2020 realisiert wird?

67. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bei wie viel Prozent aller Angebote in Ausschreibungen des Bundes wurde seit der letzten Reform der Vergabeverordnung auf Grundlage von § 60 Vergabeverordnung (ungewöhnlich niedrige Angebote) eine Aufklärung vom Bieter verlangt, und in wie vielen Prozent dieser Fälle wurden Angebote daraufhin abgelehnt?

68. Abgeordnete
Sylvia
Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welcher genauen Form kommt das hochangereicherte Uran (HEU) russischer Produktion bei dem französischen Hersteller der HEU-Brennelemente für den Forschungsreaktor FRM II nach Kenntnis der Bundesregierung an (vgl. Antworten der Bundesregierung auf meine Mündlichen Fragen 34, Plenarprotokoll 19/10, und 71, Plenarprotokoll 19/76), und welche Forschungsvorhaben hat die Bundesregierung in den letzten Jahren gefördert, um die Möglichkeiten bzw. Erkenntnispotenziale von (insbesondere forensischen) massenspektrometrischen Analysen von HEU-Proben auszubauen (ggf. bitte möglichst mit Eckdatenangabe)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

69. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung hinsichtlich bald täglich neuer Datenskandale rund um Facebook die von der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Dr. Katarina Barley vorgestellte freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft, also einer „Corporate Digital Responsibility" (www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-fuer-die-digitalisierung-muessen-prinzipien-guten-unternehmerischen-handelns-entwickelt-werden/24165216.html)?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333